

ALLGEMEINES

Bedarf an humanitärer Hilfe wird massiv steigen. Bis 2025 werden laut dem UN-Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) 50 % der Bevölkerung keinen oder nur noch einen eingeschränkten Zugang zu Wasser haben. Die Weltbevölkerung wird im gleichen Zeitraum um 1,5 Mrd. Menschen wachsen, zugleich wird der Nahrungsmittelbedarf um die Hälfte steigen. Den Übergang von humanitärer Hilfe zu Entwicklungszusammenarbeit bezeichnete das OCHA als ein schwieriges und komplexes Problem, zu dessen Lösung die Entwicklungspartner von Beginn an der Planung und Durchführung kurz- und langfristiger Hilfen beteiligt sein müssten. Als Beispiel wurde die hohe Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren genannt: Täglich sterben 25 000 bis 30 000 Kinder an Krankheiten und Hunger. Quelle: Heute im Bundestag vom 16.12.2010

Migrationsbericht erschienen. Die Bundesregierung hat den Migrationsbericht 2009 veröffentlicht, der unter Einbeziehung aller Zuwanderergruppen einen umfassenden Überblick über die jährliche Entwicklung der Zu- und Abwanderung geben soll. Er bildet die Grundlagen der Entscheidungsfindung von Politik und Verwaltung im Bereich der Migrationspolitik und informiert die Öffentlichkeit über die Entwicklung des Migrationsgeschehens. Dabei enthält der Bericht neben allgemeinen Wanderungsdaten zu Deutschland und der Darstellung verschiedener Migrationsarten auch einen europäischen Vergleich zum Migrationsgeschehen und zur Asylzuwanderung. Der Migrationsbericht steht im Internet unter www.bmi.bund.de zum Download bereit. Quelle: Mitteilungen des Deutschen Städtetages vom 28.2.2011

Internetbasierte Selbsthilfe. Eine Orientierungshilfe. Hrsg. Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS). Selbstverlag. Berlin 2010, 57 S., Versandkosten *DZI-D-9405*

Seit Februar 2009 hat sich NAKOS im Rahmen des Projektes „Selbsthilfe und Neue Medien“ mit den Formen und Möglichkeiten der „virtuellen“ Selbsthilfe beschäftigt. NAKOS versteht darunter einen internetbasierten schriftlichen Austausch mit anderen zu gemeinsamen Anlässen und Problemen. Ein Ergebnis des Projekts bestand in der Erkenntnis, dass nur wenige an der herkömmlichen Selbsthilfe und der Selbsthilfeunterstützung Beteiligte mit dem Medium Internet vertraut sind. Mit dieser Broschüre möchte NAKOS daher das Basiswissen zur Selbsthilfe im Internet bereitstellen. Es wird über die Formen und Merkmale der gängigsten Austauschmöglichkeiten wie Foren und Chats informiert. Fragen nach der Qualität und Seriosität internetbasierter Austauschangebote sowie dem Datenschutz werden beantwortet und es wird Orientierung zur Erstellung eigener inter-

aktiver Angebote gegeben. Bestellanschrift: NAKOS, Wilmersdorfer Straße 39, 10627 Berlin, Tel.: 030/31 01 89 60, E-Mail: selbsthilfe@nakos.de

Grüne fordern Reform der Sicherungsverwahrung. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen will die nachträgliche Sicherungsverwahrung ganz abschaffen. Der Gesetzgeber habe Ende 2010 einen Gesetzentwurf verabschiedet, der die nachträgliche Sicherungsverwahrung zwar für die Zukunft einschränke, nicht jedoch für Fälle vor dem Stichtag 1.1.2011 und auch nicht im Jugendstrafrecht. Besteht diese gesetzliche Verpflichtung zur Verhängung der nachträglichen Sicherungsverwahrung aber unverändert fort, verstöße Deutschland gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte habe 2010 erneut und unmissverständlich festgestellt, dass die rückwirkende Beseitigung der 10-Jahres-Höchstfrist der Sicherungsverwahrung nach 1998 menschenrechtswidrig bleibt. In ihrem Gesetzentwurf fordern die Abgeordneten daher, die nachträgliche Sicherungsverwahrung nicht nur für Neufälle, sondern für alle Fälle abzuschaffen, die rückwirkende Streichung der 10-Jahres-Höchstfrist zu beseitigen und die nachträgliche Sicherungsverwahrung auch im Jugendstrafrecht abzuschaffen. Quelle: Heute im Bundestag vom 15.2.2011

SOZIALES

Tagungsdokumentation: Inklusive Leben mit dem Persönlichen Budget. Das Kompetenzzentrum Persönliches Budget zog nach drei Projektjahren im Dezember 2010 in Berlin eine umfassende Bilanz des Umsetzungsstandes dieser neuen Förderform. Der fünfte Teil der Tagungsdokumentation steht jetzt zum kostenlosen Abruf zur Verfügung (www.budget.paritaet.org). Die Veranstaltung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ging insbesondere der Frage nach, wie die Ziele Inklusion, Selbstbestimmung und Teilhabe angesichts der UN-Behindertenrechtskonvention praktisch umgesetzt werden können. Themenschwerpunkte der Arbeitsgruppen waren das Persönliche Budget für Kinder und Jugendliche, Aspekte zielgruppenspezifischer Anforderungen an das Persönliche Budget und das Instrument der persönlichen Zukunftsplanung. Die Tagungsdokumentation ist damit abgeschlossen. Quelle: Pressemitteilung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes vom 2.3.2011

Sozialausgaben steigen. Trotz sinkender Arbeitslosigkeit und guter Konjunktur sind die kommunalen Sozialausgaben in 2010 signifikant gestiegen und wachsen auch in diesem Jahr weiter. Nach den vom Deutschen Städtetag veröffentlichten Zahlen mussten die Kommunen 2010 für soziale Leistungen vermutlich über 42,2 Mrd. Euro ausgeben – doppelt soviel wie vor 20 Jahren. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Sozialausgaben um knapp 2 Mrd. Euro, 2011 werden sie schät-

zungsweise auf über 43 Mrd. Euro steigen. Die Städte halten deshalb eine spürbare Entlastung bei den Sozialausgaben für dringender denn je. Allein in den vergangenen fünf Jahren sind diese um ein Fünftel, das sind mehr als 7 Mrd. Euro, gewachsen. Die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter haben sich seit 2004 mehr als verdoppelt und die Ausgaben für die Unterkunftskosten seit 2005 um mehr als 20 % erhöht. Quelle: *Mitteilungen des Deutschen Städtetages vom 28.2.2011*

Strategische Steuerung kommunaler Sozialpolitik.

Hrsg. Jürgen Hartwig. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. Selbstverlag. Berlin 2010, 160 S., EUR 16,80 *DZI-D-9224*

Angesichts der aktuellen Herausforderungen im Hinblick auf den demographischen Wandel, die soziale Segregation und die globale Finanzkrise gewinnt eine strategische Steuerung auch im Rahmen der Kommunalpolitik immer mehr an Bedeutung. Dieser Band stellt einige erprobte Verfahren vor, wie unter anderem Sozialmonitoring, Social Return on Investment, Selbstwirksamkeitsmessung, Wirkungsorientierung, Sozialplanung und Teilhabeplanung für Menschen mit Behinderungen. Ergänzend erörtern Fachkräfte aus Verbänden, Wissenschaft und Praxis mögliche Potenziale, Grenzen und Veränderungen der beschriebenen Instrumente. Bestellanschrift: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Michaelkirchstraße 17-18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-502, E-Mail: redlich@deutscher-verein.de

GESUNDHEIT

Rund 8,1 Mio. gesetzlich Krankenversicherte

zahlen Zusatzbeitrag. Zum 1.1.2011 erheben 14 der 156 gesetzlichen Krankenkassen einen Zusatzbeitrag. Davon betroffen sind rund 8,1 Mio. Versicherte, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke. Den Angaben zufolge gewähren sechs Krankenkassen ihren insgesamt 400 000 Mitgliedern eine Prämie, die zwischen 2,50 und 6 Euro pro Monat und Mitglied liegt. Mit einem durchschnittlichen Zusatzbeitrag von mehr als null Euro und damit einem möglichen Anspruch einzelner Mitglieder auf einen Sozialausgleich ist frühestens im Jahr 2012 zu rechnen, schreibt die Regierung. Weiter heißt es in der Antwort, die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung seien in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 4 % gestiegen, während sich die beitragspflichtigen Einnahmen um durchschnittlich 1,5 % erhöhten. Die Regierung erwartet für die kommenden Jahre jedoch eine moderatere Ausgabendynamik. Quelle: *Heute im Bundestag vom 2.3.2011*

Demenzkranke stärker in Pflegeversicherung

einbeziehen. Der Sozialverband VdK Deutschland fordert, den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff, der der Bundesregierung bereits seit Anfang 2009 vorliegt, end-

lich umzusetzen. Bisher ist die Auszahlung von Pflegegeld an das Vorliegen einer Pflegestufe gekoppelt, die jedoch nur bei körperlichen Einschränkungen zuerkannt wird. Der VdK weist darauf hin, dass die häusliche Pflege nur dank zurzeit zirka 4 Mio. pflegender Angehöriger aufrechterhalten werden kann. Der Beitragssatz zur gesetzlichen Pflegeversicherung beträgt 1,95 %. Der VdK ist der Ansicht, dass eine moderate Anhebung der Beiträge bei paritätischer Beteiligung der Arbeitgeber verkraftbar ist, wenn dadurch notwendige Leistungsverbesserungen zuverlässig für längere Zeit solidarisch finanziert werden. Eine Weiterentwicklung der Pflegeversicherung, die seit ihrer Einführung 1996 nahezu unverändert ist, sei notwendig. FDP-Pläne einer privaten, kapitalgedeckten und verpflichtenden Pflegezusatzversicherung lehnt der VdK ab. Quelle: *Pressemitteilung des Sozialverbandes VdK Deutschland vom 23.2.2011*

Krise als Chance. Tagungsbericht. Hrsg. Landschaftsverband Westfalen-Lippe, LWL-Koordinationsstelle Sucht. Selbstverlag. Münster 2010, 40 S., kostenlos *DZI-D-9341*

Dieser Band der Reihe „Forum Sucht“ dokumentiert die in Münster abgehaltene 27. Jahrestagung der LWL-Koordinationsstelle im Dezember 2009. Zentrale Themen waren die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Suchthilfe in der Europäischen Union, die Aussagen der Sinus-Jugend-Milieu-Studie 2007 zu den Lebenswelten Jugendlicher, die kommunale Versorgung von Menschen mit Suchtproblemen und die Bedeutung von Arbeits- und Beschäftigungsprojekten für deren Rehabilitation. Bestellanschrift: Landschaftsverband Westfalen-Lippe, LWL-Koordinationsstelle Sucht, Warendorfer Straße 27, 48133 Münster, Internet: www.lwl-ks.de

Gleichwertige Prüfverfahren zur Pflege festgelegt.

Am 21.2.2011 wurden durch Beschluss der Schiedsstelle nach § 113 b SGB XI die Anforderungen an gleichwertige Prüfverfahren in der Pflege nach § 114 Abs. 4 SGB XI festgelegt. Die in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zusammenarbeitenden Spitzenverbände begrüßen diese Entscheidung, denn hierdurch würden die Voraussetzungen für transparente und differenzierte Prüfverfahren geschaffen. Einrichtungen und Dienste dürfen künftig Institutionen mit der Prüfung ihrer Ergebnis- und Lebensqualität beauftragen. Akkreditierte Prüfinstitutionen können gleichwertige Prüfungen auf der Grundlage von auf DIN EN ISO 9001 und EFQM basierenden Verfahren durchführen. Allerdings müssen Prüfinstitutionen künftig eine Zulassung für ihre Prüfverfahren bei den Kassen in dem Bundesland beantragen, in dem sie ihren Betriebssitz haben. Neben der allgemeinen Definition konnte keine Einigung über eine konkrete Anforderungsliste erzielt werden. Quelle: *Pressemitteilung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (BAGFW) vom 24.2.2011*

JUGEND UND FAMILIE

Einheitliche Elternbeiträge gefordert. Eine Rückkehr zur landeseinheitlichen Regelung der Elternbeiträge in den Kindergärten fordert die Diözesane Arbeitsgemeinschaft katholischer Tageseinrichtungen für Kinder (KTK) im Bistum Münster. Schon jetzt sei erkennbar, dass Eltern aus Kostengründen geringere Betreuungszeiten als bisher buchen, obwohl ihr Bedarf erkennbar größer ist. Deshalb seien einheitliche Beiträge mit einer sozialen Staffelung auch einer Beitragsfreiheit für das dritte Kindergartenjahr vorzuziehen. Hierdurch sollen alle Kinder und Familien in Nordrhein-Westfalen vergleichbare Bedingungen zur Bildung, Betreuung und Erziehung erhalten. Die KTK vertritt rund 700 katholische Tageseinrichtungen für Kinder im nordrhein-westfälischen Teil des Bistums Münster, in denen 50 000 Kinder betreut werden. *Quelle: Pressemitteilung des Caritasverbandes für die Diözese Münster vom 2.3.2011*

Steuerratgeber für Eltern behinderter Kinder.

Der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (BVKM) hat sein jährlich neu erscheinendes Steuermerkblatt aktualisiert. Es folgt Punkt für Punkt dem Aufbau der Formulare für die Steuererklärung 2010, so dass diese schrittweise und schnell bearbeitet werden können. Das Merkblatt berücksichtigt unter anderem die neue Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs zur steuerlichen Absetzbarkeit von Umbaukosten, die aufgrund einer Behinderung erforderlich sind. Anhand vieler konkreter Beispiele wird erläutert, wie Eltern überprüfen können, ob ihnen im Jahr 2011 ein Anspruch auf Kinder-geld für ihr erwachsenes Kind mit Behinderung zusteht. Eingegangen wird dabei ausführlich auf das Schreiben des Bundesfinanzministeriums vom 22.11.2010. Dieses enthält detaillierte Hinweise zur Frage, welcher behinderungsbedingte Mehrbedarf beim Kindergeld zu berücksichtigen ist. Das Steuermerkblatt 2010/2011 steht im Internet unter www.bvkm.de in der Rubrik „Recht und Politik“ kostenlos als Download zur Verfügung oder kann mit der Zusendung eines mit 90 Cent frankierten und an sich selbst adressierten Rückumschlages beim BVKM, Stichwort „Steuermerkblatt“, Brehmstraße 5-7, 40239 Düsseldorf, bestellt werden. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. vom 28.2.2011*

Jahresbericht Familienforschung 2010. Das Staats-institut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifB) hat seinen Jahresbericht veröffentlicht. In dem von der Europäischen Kommission geförderten Projekt wurde die FAMILYPLATFORM eingerichtet. Dabei handelt es sich um ein Forum, in dem Wissenschaftler, Politiker und Familienverbände aus neun europäischen Ländern gemeinsam gesellschaftliche Entwicklungen und politische Herausforderungen diskutieren. Ziel ist es, die zentralen Fragen der Familienforschung für die Zukunft

24.5.11 Nürnberg. Tagung der BAG Wohnungslosenhilfe: Vermeidung von Wohnungslosigkeit ist die beste Hilfe! Information: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V., Sudbrackstraße 17, 33611 Bielefeld, Tel.: 05 21/1 43 96-0, E-Mail: info@bagw.de

26.-29.5.2011 Trier. Europäische Fachtagung: Prävention im Strafvollzug. Information: Katholische Akademie Trier, Auf der Jüngt 1, 54293 Trier, Tel.: 06 51/81 05 431, E-Mail: katholische-akademie@bistum-trier.de

7.-9.6.2011 Stuttgart. 14. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag. Information: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/40 04 02 00, E-Mail: agj@agj.de

10.6.2011 Mannheim. Fachtag und Kreativwerkstatt Performance & Tools Systemischer Sozialer Arbeit. Information: Deutsche Gesellschaft für Systemische Soziale Arbeit (DGSSA) e.V., Bundesallee 125, 12161 Berlin, Tel.: 01 70/580 28 29, E-Mail: wirth@dgssa.de

17.-18.6.2011 Berlin. Kongress: Indirekte Traumatisierung im Kontext professionellen Handelns. Anforderung an Ausbildung, Berufspraxis und Supervision. Information: Kongress Indirekte Traumatisierung, z.Hd. Frau Angelika Nees, Am Weizenberg 14, 35279 Neustadt, Tel.: 066 92/91 86 71, E-Mail: anmeldung@kongress2011.de

17.-19.6.2011 Mainz. 11. Fortbildungstage der Gesellschaft für wissenschaftliche Gesprächspsychotherapie (GwG) e.V.: „Personzentrierter Ansatz – Forum der Begegnung“. Informationen: GwG-Akademie, Melatengürtel 125a, 50825 Köln, Tel.: 02 21/92 59 08 50, E-Mail: akademie@gwg-ev.org

2.7.2011 Zürich. Symposium: Positive Psychologie – Theorie und Praxis neuer Möglichkeiten für Pädagogik, Psychologie, Therapie, Beratung und Coaching. Information: Institut für Selbstmanagement und Motivation Zürich (ISMZ), Scheuchzerstraße 21, 8006 Zürich, Tel.: 00 41/44 35 01 40-1, E-Mail: seligman@ismz.ch

7.-9.7.2011 Merseburg. 3. Tagung zur systemischen Sozialarbeit: 2x2 = grün. Die Vielfalt systemischer Sozialarbeit. Information: Dajana Weise, Hochschule Merseburg, Fachbereich Soziale Arbeit, Medien, Kultur, Geusaer Straße, 06217 Merseburg, Tel.: 034 61/46 22 31, E-Mail: [tagung@zwei-mal-zwei-ist-gruen.de](mailto>tagung@zwei-mal-zwei-ist-gruen.de)

zu benennen. Der Bericht kann beim ifB an der Universität Bamberg, Heinrichsdamm 4, 96045 Bamberg, Internet: <http://www.ifb-bamberg.de>, angefordert werden. Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom 1.3.2011

Junge Menschen ansprechen und motivieren.

Anregungen für die Selbsthilfeunterstützungsarbeit. Hrsg. NAKOS Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen. Selbstverlag. Berlin 2010, 40 S., kostenlos *DZI-D-9336* Als bundesweite Service- und Netzwerkeinrichtung im Feld der Selbsthilfe leistet die Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) seit über 25 Jahren Aufklärungsarbeit über die Möglichkeiten der Selbsthilfe für verschiedene Zielgruppen. Publikationen der NAKOS beantworten fachliche Fragen und beschreiben Handlungskonzepte, Arbeitsschritte und Beispiele aus der Praxis. Diese Schrift befasst sich mit der Selbsthilfeunterstützungsarbeit für junge Menschen im Alter von 18 bis 29 Jahren und bietet neben Tipps für deren Beratung Anhaltspunkte für die Öffentlichkeitsarbeit durch Medien wie Broschüren, Informationsblätter, Film, Radio und das Internet. Bestellanschrift: NAKOS, Wilmersdorfer Straße 39, 10627 Berlin, Tel.: 030/31 01 89 60, E-Mail: selfhilfe@nakos.de

AUSBILDUNG UND BERUF

Duale Studiengänge immer beliebter. 2010 stieg das Angebot an dualen Studiengängen in Deutschland um 12,5 %. Die Steigerungsrate lag um mehr als das Dreifache höher als im Vorjahr. Die Zahl der beteiligten Unternehmen wuchs um rund 9 %, die der Studierenden nahm um mehr als 6 % zu. Dies sind Ergebnisse einer Auswertung der Datenbank „AusbildungPlus“ des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB). Duale Studiengänge sind eine praxisnahe Studienform, die eine praktische Ausbildung im Betrieb mit einer theoretischen Ausbildung an einer Hochschule oder Berufsakademie kombiniert. Studierende erhalten so die Möglichkeit, in zahlreichen Studiengängen gleichzeitig zwei Abschlüsse zu erwerben: einen Berufs- und einen akademischen Abschluss. Weitere Informationen sind im Internet unter www.ausbildungplus.de zu finden. Quelle: Pressemitteilung des Bundesinstituts für Berufsbildung vom 10.2.2011

Die Geschichte der Krankenhausfürsorge für jüdische Patienten. Von Peter Reinicke. Henrich & Henrich Verlag. Berlin 2010, 63 S., EUR 6,90 *DZI-D-9409*

Hermann Strauss. Internist und Wissenschaftler in der Charité und im Jüdischen Krankenhaus Berlin. Von Harro Jenss. Henrich & Henrich Verlag. Berlin 2010, 85 S., EUR 7,80 *DZI-D-9281*

Beide Bücher führen anschaulich in die Entstehungsphase professioneller Sozialarbeit ein und erinnern eindringlich an die Zeit der Gründerjahre und der jüdischen Emancipation. Sie zeigen die Anerkennung der deutschen Juden als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger nach der Reichsgründung von 1871. Und sie bestätigen die These, dass nicht nur die deutsche Soziale Arbeit als Beruf und Profession proportional überwiegend durch engagierte Jüdinnen und Juden geprägt wurde. Denn nach verlässlichen Schätzungen waren im Jahr 1933 proportional mehr Angehörige helfender Berufe jüdischen als anderen Glaubens. So führte auch deren Verlust während der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur zu einem Rückschlag in der Sozialarbeit, die sich bis dahin in einem deutlichen Entwicklungsschub befand. Peter Reinicke, der schon lange zu Themen der Sozialen Arbeit im Gesundheitswesen forscht und veröffentlicht, konzentriert sich in beiden Publikationen auf die Entwicklung des Sozialdienstes im Krankenhaus. Er beschreibt im ersten Bändchen die Entwicklungsgeschichte des Sozialdienstes im Gesundheitswesen der Charité, die ersten ehrenamtlichen Dienste dort und dann primär in jüdischen Krankenhäusern, und über die „Deutsche Vereinigung für den Fürsorgedienst im Krankenhaus“. Pionierinnen dieser Entwicklung waren fast ausschließlich Frauen wie Jeanette Schwerin und Alice Salomon, und speziell im Gesundheitswesen Hedwig Landsberg, Elsa Strauss, Elisabeth Marcuse-Löwenherz, Henriette May, Paula Meyer, Martha Reitzenbaum, Agnes Wreschner, Paula Ollendorff, Siddy Wronsky und viele andere, die hier nicht gewürdigt werden können. Vor allem männliche Ärzte hatten die Erwartung, dass die soziale Krankenhausfürsorgerin in erster Linie Gehilfin des Krankenhausarztes sei. Die Frauen jedoch formulierten ihre eigenen Richtlinien und orientierten sich schon früh an einschlägigen Entwicklungen in anderen Ländern. Im zweiten Band schließt sich Peter Reinicke dem Arzt und Autor Harro Jenss an, der den jüdischen Arzt Hermann Strauss (1868-1944) vorstellt, der um die vorletzte Jahrhundertwende zu einer Gruppe äußerst kreativer jüdischer Ärzte in Berlin gehörte. Strauss ließ sich von den Nationalsozialisten nicht vertreiben und musste dafür in Theresienstadt sein Leben lassen. Seine Frau Elsa Strauss (1875-1945) kam aus den „Frauen- und Mädchengruppen“ um Alice Salomon und hatte den anfänglichen Sozialdienst in der Berliner Charité kennengelernt. So war sie mit medizinischen und sozialen Fragestellungen vertraut und widmete sich deshalb dem Sozialdienst im Krankenhaus. Sie überlebte ihren Mann um ein Jahr und starb in dem bereits befreiten KZ Theresienstadt. Es bleibt zu wünschen, dass wir aus diesen interessanten Büchlein lernen, was vor mehr als 100 Jahren begann. Die Miniaturen sind hochaktuell, wenn wir uns in unserem momentanen Bemühen um eine angemessene und von gegenseitigem Interesse geleitete Integration bemühen und nicht – so oder so – gleichgeschaltet werden wollen.

Joachim Wieler